



Deutsche Entwicklungszusammenarbeit: Die Notwendigkeit nach Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Förderung von Nichtregierungsorganisationen

June 2019

NGO Monitor's mission is to provide information and analysis, promote accountability, and support discussion on the reports and activities of NGOs claiming to advance human rights and humanitarian agendas.

10 Yad Harutzim St.
Jerusalem, Israel 9342148
Tel: +972-2-566-1020
Fax: +972-77-511-7030
mail@ngo-monitor.org
www.ngo-monitor.org

Institute for NGO Research (ע"ר #580465508)

Organization in Special Consultative Status with the UN Economic and Social Council since 2013

© 2018 NGO Monitor. All rights reserved.

ZUSAMMENFASSUNG

- Deutschland ist einer der weltweit größten Geber von internationaler Entwicklungshilfe und stellte allein 2017 24,68 Milliarden US-Dollar für bilaterale Hilfe zur Verfügung. Aufgrund des extremen Mangels an Transparenz, Kompetenzüberschneidungen bei mehreren Regierungsbehörden und der Einbeziehung Dutzender verschiedener Akteure ist es schwierig, die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungshilfe zu bewerten, was zu Bedenken hinsichtlich eines möglichen Missbrauchs öffentlicher Mittel und einer ineffizienten Verwaltung führt.
- Während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) für die Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik zuständig sind, ist wiederum eine Vielzahl weiterer Akteure mit der eigentlichen Umsetzung beauftragt.
- Nach Angaben des BMZ sind an der Umsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht weniger als 34 staatliche Organisationen, staatliche Gesellschaften (GmbH), parteinahe Stiftungen, kirchliche Hilfsorganisationen und NGOs beteiligt. Von den 34 Durchführungsstellen sind acht als private Unternehmen (gemeinnützige GmbH) registriert und nicht verpflichtet, ihre Abschlüsse, die Verwendung von Mitteln oder ihre Partner offenzulegen.
- Diese Vielzahl an deutschen Fördermechanismen für NGO führt zu dem sogenannten „Double Dipping“ - bei dem eine Organisation durch mehrere deutsche Durchführungsorganisationen gefördert wird, häufig für sehr ähnliche Aktivitäten, für denselben Zeitraum.
- Führende deutsche NGOs sind Mitglieder mehrerer Bundes- und Dachverbände. Dies verstärkt ihren Einfluss auf die Entscheidungsträger, die für die Finanzierung und die Partnerschaft mit ihnen verantwortlich sind.
- Mehrere deutsche Ministerien und Finanzierungsmechanismen haben oft ähnliche Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Dies wirft Bedenken hinsichtlich der Verschwendung öffentlicher Mittel und einer ineffektiven Verwaltung der Entwicklungszusammenarbeit auf.
- Die deutschen Ministerien sind nicht verpflichtet, Informationen über Zuschüsse oder Partnerschaften mit NGO zu veröffentlichen. Darüber hinaus sind NGOs ebenfalls nicht verpflichtet, ihre Finanzberichte, die Verwendung von Fördermitteln oder ihre Partner offenzulegen.
- In Deutschland können Organisationen des öffentlichen Sektors pro Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bis zu 1.000 Euro verlangen. Anträge können ohne Angabe von Gründen abgelehnt oder unbeantwortet bleiben, und Aktivitäten, die von staatlich finanzierten NGOs durchgeführt werden, unterliegen nicht dem Informationsfreiheitsgesetz.

EINFÜHRUNG: NGOS UND INTERNATIONALE HILFE

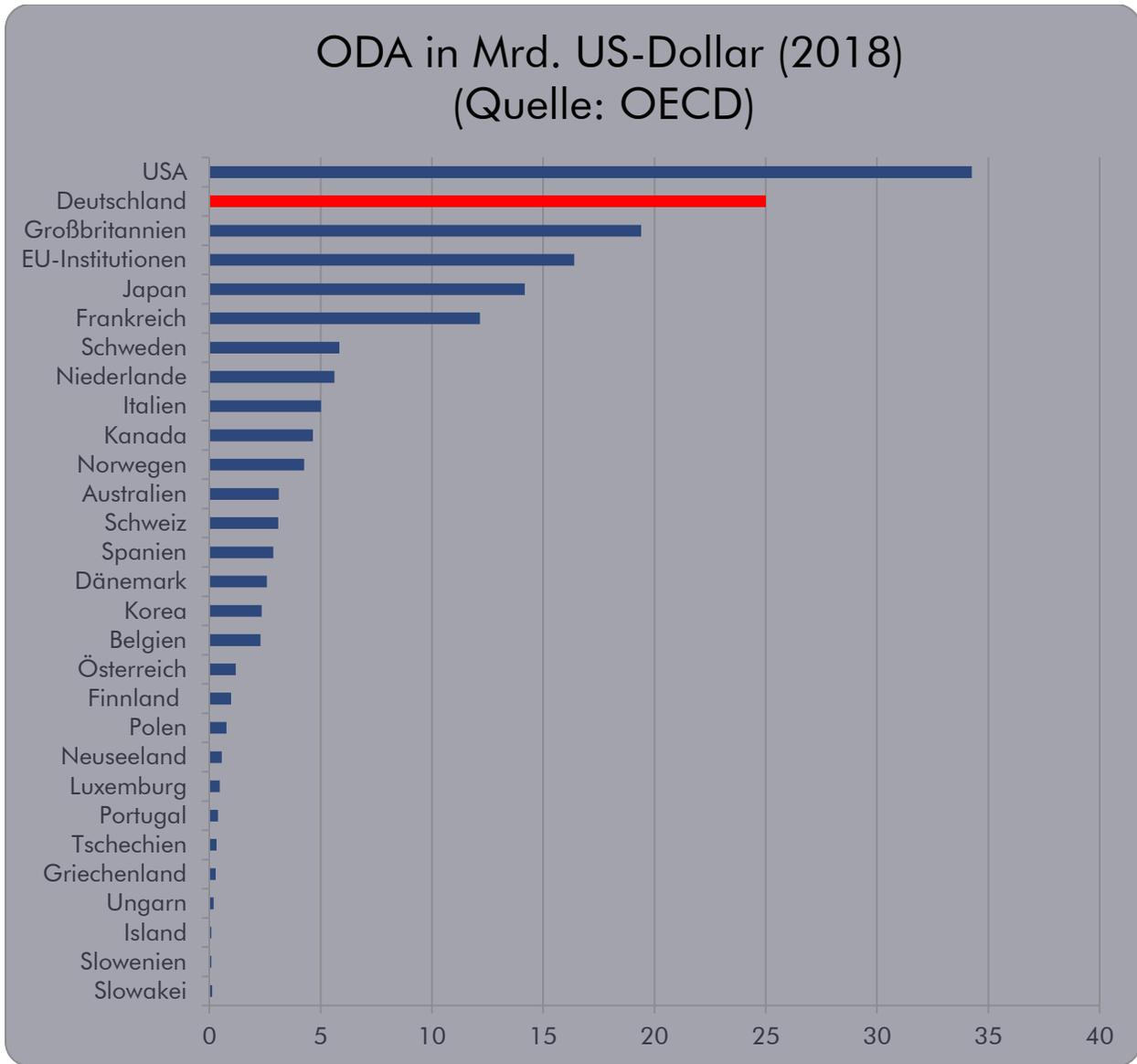
Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSO) gelten als wichtige Akteure bei der Umsetzung der internationalen humanitären Hilfe und Entwicklungshilfe, wobei lokale Nichtregierungsorganisationen (NGO) als Experten vor Ort gelten und daher von ausländischen Regierungen für die Umsetzung der Politik und Maßnahmen herangezogen werden. Laut dem Global Humanitarian Assistance Report 2018ⁱ wurden 20 % der internationalen Hilfe (in Höhe von 4 Milliarden USD) an zivilgesellschaftliche Organisationen verteilt, wobei der Großteil der Förderung an internationale NGOs und 2,7 % an lokale NGOs ging. Das meiste Geld für lokale NGOs wird über UN-Agenturen und internationale NGOs verteilt.

Es ergibt sich jedoch eine Reihe von Problemen, wenn man sich zu diesem Zweck auf NGOs verlässt – so zum Beispiel das Fehlen von Rechenschaftspflicht, Transparenz und Kontrolle. Im Dezember 2018 und Januar 2019ⁱⁱ veröffentlichte die EU zwei Gutachten über ihre Finanzierung der NGOs. Dabei kamen beide Berichte zu dem Schluss, dass eine ordnungsgemäße Rechenschaftspflicht weitgehend fehlt. Die Berichte ermutigen die Geberregierungen, auf nationaler Ebene Überwachungsmechanismen einzurichten, die sowohl von den Gebern als auch von den Begünstigten unabhängig sind. Solche Mechanismen würden demokratische Eigenverantwortung und Rechenschaftspflicht innerhalb eines rechtlichen Rahmens gewährleisten und eine aussagekräftige Prüfung der Geber und Fördermittelempfänger ermöglichen.

DAS DEUTSCHE SYSTEM DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Deutschland ist weltweit führend bei der Bereitstellung der Entwicklungshilfe (in Deutschland als „Zusammenarbeit“ bezeichnet) und war in 2017 (nach den USA) mit 24,7 Milliarden USD der zweitgrößte bilaterale Geber an offizieller Entwicklungshilfe.ⁱⁱⁱ Gleichzeitig verfügt Deutschland jedoch über das am wenigsten transparente Entwicklungshilfesystem unter den wichtigsten Geberländern. Die deutschen Bürger scheinen dieses Problem zu erkennen und laut einer öffentlichen Meinungsumfrage des Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) aus dem Jahr 2018 halten „etwa 25 %[die deutsche] EZ für unwirksam ... Die Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass rund 50 % der Gelder durch Korruption verloren gehen“.^{iv}

Im Jahr 2011 änderte Deutschland seine Außenhilfepolitik von „Entwicklungshilfe“ zu „Entwicklungszusammenarbeit“, um auf diese Weise die Zusammenarbeit mit gleichwertigen Partnern zu betonen. Diese Änderung führte auch zur Schaffung neuer Instrumente mit dem Schwerpunkt auf Friedenskonsolidierung und Friedenssicherung. Innerhalb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden neue Förder- und Umsetzungsinstrumente geschaffen, darunter die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Engagement Global (EG) (siehe unten).



2018 ODA Länderbeiträge^v (Quelle: OECD)

Derzeit sind das BMZ und das Auswärtige Amt (AA) die wichtigsten Behörden, die zuständig für die Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik sind. Diese Ministerien sind jedoch offiziell nur für die politischen Aspekte der internationalen Hilfe zuständig, wobei die tatsächliche Durchführung der Projekte an staatliche Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und Nichtregierungsorganisationen ausgelagert wird. Dieses dezentrale System macht es nahezu unmöglich, dem Strom der Steuergelder zu folgen oder die Aufsicht zu gewährleisten, die erforderlich ist, um eine Umleitung der Hilfsgelder an zweckwidrige Partnerschaften zu verhindern, inklusive solcher mit Organisationen, die antisemitische Aktivitäten unter der Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

unterstützen.^{1vi}

Konkret listet das BMZ 34 Organisationen auf^{vii}, die an der Umsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sind, darunter NGOs, parteinahe Stiftungen und kirchliche Hilfsorganisationen. Einzelne Ministerien, Agenturen und NGOs veröffentlichen einige Informationen zu den Projekten, für die sie Fördermittel erhalten. Die verfügbaren Daten werden jedoch häufig nach dem Zufallsprinzip gemeldet, sind unvollständig und /oder veraltet und werden nur auf freiwilliger Basis und nicht systematisch öffentlich zugänglich gemacht.

Darüber hinaus ist die Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Interessenvertretung einsetzen, an der Politikgestaltung und -umsetzung auf Regierungsebene in Deutschland sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Art einzigartig. Durch die vielfältigen Mechanismen werden Akteure mit häufig uneinigen politischen Zielen von der Bundesregierung mit Millionen von Euro unterstützt, die dann an lokale zivilgesellschaftliche Gruppen auf der ganzen Welt verteilt werden. NGOs, Stiftungen und andere staatlich finanzierte Institutionen, die häufig die Rolle des Mittelsmanns bei der Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit übernehmen, fungieren daher als Wegbereiter und Vertreter der Bundesregierung im Ausland.

Ministerien sind offiziell nur für die politischen Aspekte der internationalen Hilfe zuständig, wobei die tatsächliche Durchführung der Projekte an staatliche GmbH und Nichtregierungsorganisationen ausgelagert wird.

Transparenz und Rechenschaftspflicht

Die oben erwähnte gravierende Unübersichtlichkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit führt zu Unstimmigkeiten und /oder zu einem völligen Fehlen von Angaben zu den gewährten Beträgen und den Empfängern staatlicher Fördermittel.

In der Praxis finanziert Deutschland eine ausgewählte Gruppe stark vernetzter NGOs, die sich Vorstandsmitglieder teilen und Teil gemeinsamer Dachorganisationen und Netzwerke sind. Dieselben Organisationen führen Evaluierungen für die Regierung durch und liefern Informationen an diese, wobei es keinen Hinweis darauf gibt, dass unabhängige externe Akteure Evaluierungen der Aktivitäten und der Wirksamkeit der genannten NGOs vornehmen. Diese enge

¹ In der IHRA-Arbeitsdefinition wird klar formuliert, was Antisemitismus ist und was nicht, und wie man zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus unterscheidet. Seit Mai 2019 besteht die Internationale Allianz zum Gedenken an den Holocaust, die im Jahr 2000 auf dem Stockholmer Internationalen Forum zum Holocaust ins Leben gerufen wurde, aus 32 Ländern, 11 Beobachtern und 7 ständigen internationalen Partnern, darunter die Claims Conference, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), Internationaler Suchdienst, OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE/BDIMR), UNESCO, UNO und Europarat. Die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus wurde von Ländern auf der ganzen Welt übernommen, einschließlich Großbritannien, Österreich, Bulgarien, Deutschland, Litauen, Rumänien und Mazedonien. Die am 8. Juni 2010 verabschiedete Definition des Antisemitismus im US-Außenministerium ist der IHRA-Arbeitsdefinition praktisch identisch.

Beziehung führt zu dem Echokammer-Effekt, wobei politische NGOs einen immensen Einfluss ausüben, der nicht unbedingt das öffentliche Interesse oder demokratische Normen widerspiegelt.

Die begrenzte Anzahl unabhängiger Evaluierungen der verschiedenen Entwicklungsprogramme und -projekte in Deutschland zeigt erhebliche Mängel auf. Am beunruhigsten ist jedoch, dass diese Berichte nur selten öffentlich zugänglich gemacht werden und, wenn doch, häufig keine Details offengelegt oder die Rolle der lokalen NGOs als Durchführungspartner gar nicht erst analysiert wird.

Darüber hinaus sind Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Deutschland nicht immer eine Option, da öffentliche Stellen sehr hohe Gebühren für die Bereitstellung von Informationen erheben dürfen (bis zu 1.000 Euro pro Antrag) und Anträge ohne Angabe von Gründen abgelehnt oder unbeantwortet bleiben können. Maßnahmen, die von staatlich finanzierten NGOs durchgeführt werden, unterliegen nicht den Anforderungen des IFG.

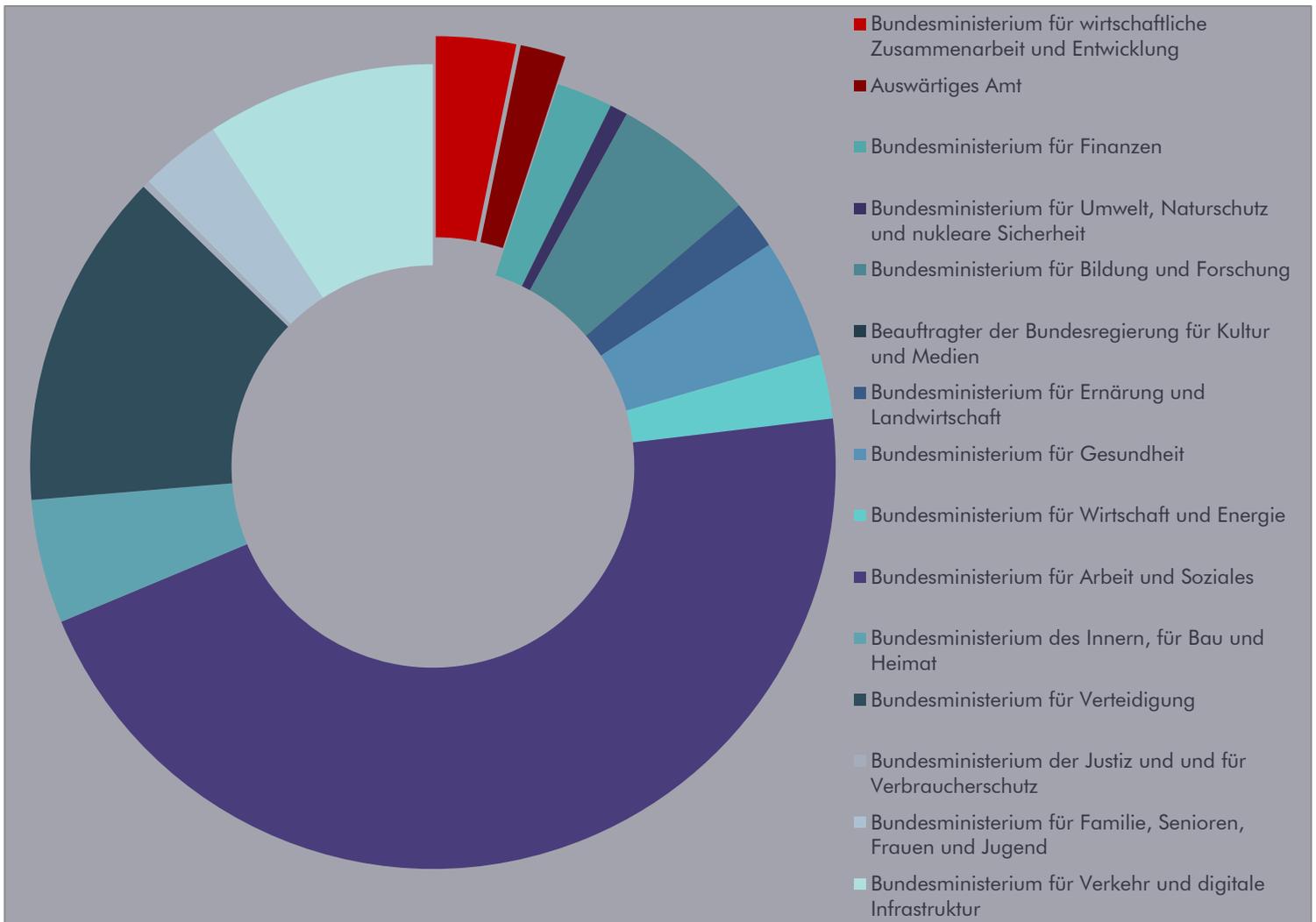
Double-Dipping

Die Vielzahl an deutschen Fördermechanismen für NGOs führt zu dem sogenannten „Double Dipping“ - bei dem eine Organisation durch mehrere deutsche Durchführungsorganisationen gefördert wird, häufig für sehr ähnliche Aktivitäten, für denselben Zeitraum.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) sind zwei Säulen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die angeblich für unterschiedliche Politikbereiche zuständig sind. Konkret hat das AA die formelle Aufgabe, Aktivitäten im Zusammenhang mit der humanitären Hilfe zu überwachen, und das BMZ ist für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Strukturhilfe in „fragilen Staaten“ verantwortlich. Es gibt jedoch eindeutig erhebliche Überschneidungen in diesen Agenden, insbesondere in den Bereichen Krisenprävention und Konfliktlösung. So unterstützen derzeit das BMZ^{viii} und das AA Projekte zum Thema „Medienbewusstsein“ und „Anwaltschaft“ im Bereich Konfliktmanagement in der Ukraine^{ix}. In Ermangelung von Transparenz ist das Ausmaß der etwaigen Koordinierung unklar.

Ein weiteres Beispiel für Double-Dipping ergibt sich, wenn lokale NGOs im selben Zeitraum von mehreren Behörden Mittel der Bundesregierung erhalten. Zum Beispiel erhielt die israelische Organisation „Ärzte für die Menschenrechte - Israel“ (PHR-I) im Jahr 2017 Fördermittel vom Auswärtigen Amt sowie von den von der Regierung finanzierten Nichtregierungsorganisationen „Brot für die Welt“ und „Medico International“ (siehe unten).

Öffentliche Stellen dürfen hohe Gebühren für die Bereitstellung von Informationen nach dem IFG erheben. Anträge können ohne Angabe von Gründen abgelehnt oder unbeantwortet bleiben



2019 Bundeshaushalt nach Ressorts (Quelle: [Bundesministerium für Finanzen](#))

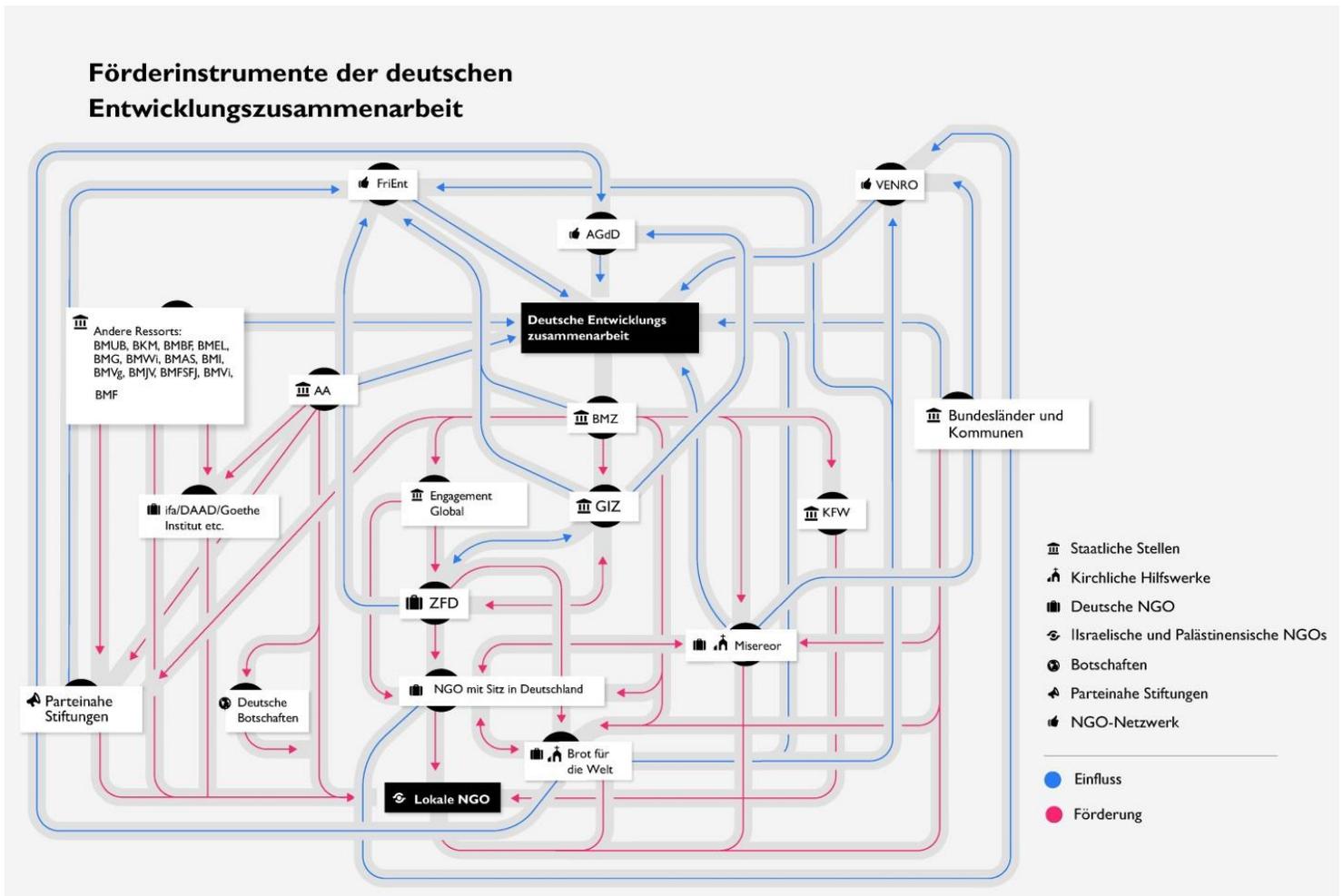
EMPFEHLUNGEN

Um eine effiziente und angemessene Verwendung der Fördermittel für die Entwicklungszusammenarbeit ohne Verschwendung, Korruption oder kontraproduktive politische Ergebnisse zu gewährleisten, müssen sowohl die Geber als auch die Empfänger für die Vergabe der Hilfsmittel verantwortlich gemacht werden. NGO Monitor empfiehlt Folgendes:

- Die Bundesregierung sollte die Aufgaben verschiedener Ministerien, Nichtregierungsorganisationen, parteinaher Stiftungen, kirchlicher Hilfswerke und anderer an deutscher Entwicklungszusammenarbeit beteiligter Akteure koordinieren, um Überschneidungen und „Double Dipping“ zu vermeiden.
- Die Bundesregierung sollte eine einheitliche Datenbank für Informationen aller am deutschen Entwicklungszusammenarbeitsprozess beteiligten Ministerien und Durchführungsinstitutionen erstellen. Diese Informationen sollten Finanzierungsbeträge, Durchführungspartner (sowohl international als auch lokal) und Projektdetails enthalten.

- Die Bundesregierung sollte regelmäßig unabhängige Programmevaluierungen von durch Deutschland geförderten Projekten durchführen und diese öffentlich zugänglich machen.
- Ausländische NGOs, die von der Bundesregierung gefördert werden, müssen denselben Transparenz- und Rechenschaftsstandards unterliegen wie deutsche Institutionen.
- Alle an der deutschen Entwicklungspolitik beteiligten Akteure, einschließlich NGOs, müssen sich an die von der Europäischen Union, der Bundesregierung sowie anderen Regierungen und Hilfsministerien festgelegte Definition des Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) halten.

DURCHFÜHRORGANISATIONEN DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



Darstellung deutscher Förderinstrumente (NGO Monitor)

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (BMZ)

- Das BMZ ist die oberste Bundesbehörde für entwicklungspolitische Arbeit in Deutschland.² Konkret ist das BMZ für die politischen Aspekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Das BMZ setzt keine Entwicklungsprojekte um, sondern gestaltet die deutsche Entwicklungspolitik und fördert die wirtschaftliche Entwicklung durch internationale Partnerschaften und Kooperationen.
- Das Budget des BMZ für 2019 beträgt 10,2 Milliarden Euro - die größte Summe in seiner Geschichte.^x Davon entfallen 11,9 % oder rund 1,2 Milliarden Euro direkt auf „Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement“.^{xi} Im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern schreibt die deutsche Gesetzgebung nicht vor, dass die Partner des BMZ ihre Abschlüsse oder ihre lokalen Partner offen legen.^{xii}
- Das BMZ definiert NGOs als „...alle Verbände oder Gruppen, die nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind und gemeinsame Interessen vertreten, ohne dabei kommerzielle Ziele zu verfolgen.“^{xiii} Diese Definition steht jedoch im Widerspruch zu anderen Erklärungen des BMZ, so „bei der Finanzierung ihrer entwicklungspolitischen Arbeit werden die NROs [Nichtregierungsorganisationen] aber auch von staatlichen Stellen unterstützt“ und „bei vielen Maßnahmen von NROs besteht der Hauptanteil der finanziellen Mittel aus solchen staatlichen Zuschüssen.“^{xiv}
- Das BMZ arbeitet eng mit internationalen Entwicklungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen zusammen und verwaltet deutsche Beiträge an UN-Organisationen, den Europäischen Entwicklungsfonds, die Weltbank und

Das BMZ setzt keine Entwicklungsprojekte um, sondern gestaltet die deutsche Entwicklungspolitik und fördert die wirtschaftliche Entwicklung durch internationale Partnerschaften und Kooperationen.

² Viele andere Ministerien sind ebenfalls für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich. Die wichtigsten Ministerien sind neben dem BMZ das Auswärtige Amt (siehe unten), das Finanzministerium, das Bundesumweltministerium, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Einige dieser Ministerien geben Geld an deutsche und internationale NGOs und deutsche parteinahe Stiftungen, die Geld an ihre lokalen Partner-NGOs und Institutionen im Ausland weiterleiten. Alle diese Fördermechanismen stellen auch eine direkte Finanzierungsmöglichkeit für lokale NGOs bereit. Da keine Projektdetails bekannt gegeben werden, ist es unmöglich, die Partner der jeweiligen Ministerien zu identifizieren oder zu wissen, inwieweit das Geld an lokale NGOs weitergeleitet wird.

regionale Entwicklungsbanken.³ Darüber hinaus ist das BMZ Mitglied in den Gremien all dieser Organisationen und festes Mitglied der deutschen Delegationen bei internationalen Organisationen wie mehreren UN- und EU-Organisationen.^{xv}

- Das BMZ ist hochgradig undurchsichtig. So stammen beispielsweise die neuesten online verfügbaren BMZ-Evaluierungsberichte aus dem Jahr 2011. Die verfügbaren Berichte enthalten keine länderspezifischen oder projektspezifischen Angaben.^{xvi}
- 2011 schloss sich Deutschland dem Rahmen der Transparenzvereinbarungen von Busan an und verpflichtete das Land zur Internationalen Hilfstransparenzinitiative (IATI) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.⁴ Laut der Website des BMZ liefert Deutschland im Rahmen dieser Mitgliedschaft „umfassende, aktuelle Basisdaten und Dokumente zu laufenden bilateralen ODA-Projekten“.^{xvii} Obwohl sich mehrere Ministerien und Regierungsorganisationen an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beteiligen, meldet das BMZ als einziger Akteur Daten an IATI.^{xviii} Den Informationen, die das BMZ dem ITAI zur Verfügung stellt, fehlen häufig Projektbeschreibungen, Links zu den Webseiten entsprechender Projekte, außerdem werden diese nicht konsistent gemeldet. In der IATI-Datenbank werden auch keine lokalen Partner und/oder lokalen NGOs erwähnt.
- Die drei deutschen Durchführorganisationen des BMZ sind die GIZ (siehe unten), die deutsche Entwicklungsbank KfW (siehe unten) und Engagement Global (siehe unten). Diese Partner sind jeweils für die Umsetzung der entwicklungspolitischen Projekte der Bundesregierung verantwortlich, was zu einer potenziell großen Überschneidung von Verantwortlichkeiten und Finanzierung führen kann.
- Laut dem Bericht des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik von 2018^{xix} führen einzelne Ministerien eigenständig Entwicklungsprojekte durch, ohne das BMZ zu konsultieren oder darüber Bericht zu erstatten, wobei die Koordination zwischen den einzelnen Ministerien und dem BMZ in der Regel „gut organisiert und relativ zufriedenstellend“ ist. Wohingegen die Koordination zwischen BMZ und AA mit anderen Ministerien wie dem Finanzministerium als „eher schwierig“ und „nicht existent“ beschrieben wird.

Vom BMZ Budget für
2019 entfallen
11,9 % direkt auf
„Zivilgesellschaftliches,
kommunales und
wirtschaftliches
Engagement“

³ Das BMZ ist im Vorstand der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Karibischen Entwicklungsbank.

⁴ Deutschland ist auch eines der Gründungsmitglieder von IATI.

DEVAL^{xx}

- Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) führt im Auftrag des BMZ „und seiner Durchführungsorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen unabhängige Evaluierungen von „Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ durch.^{xxi}
- DEVal listet nur eine begrenzte Anzahl von Berichten auf, von denen keiner ein bestimmtes Projekt bewertet.^{xxii}
- Informationen zu den geförderten Projekten über die Durchführungspartner und die Bewertung ihrer Leistung sind nicht öffentlich verfügbar.
- NGO-Partner werden gebeten, eine Selbstevaluierung^{xxiii} durchzuführen, was den Evaluierungsprozess unzuverlässig macht.

AUSWÄRTIGES AMT (AA)

- AA ist für Aktivitäten im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe und Nothilfe verantwortlich.
- Das Budget für 2019 des AA beläuft sich auf 5,8 Milliarden Euro^{xxiv} AA veröffentlicht keine Informationen über seine Projektarbeit im Ausland.
- AA listet auf seiner Website nur zwei seiner Durchführungspartner auf, das „ifa zivik-Programm“ (siehe unten) und das „Bundesverwaltungsamt“. Untersuchungen zeigen jedoch, dass AA direkt mit vielen lokalen NGOs außerhalb Deutschlands zusammenarbeitet.
- Laut der Website „arbeitet [das Auswärtige Amt] bei der Vergabe von Zuwendungen mit Partnern zusammen“.^{xxv} Im Einzelnen stellt das AA Mittel unter anderem deutschen Nichtregierungsorganisationen wie dem ifa (siehe unten) und dem Goethe-Institut zur Verfügung. AA fördert auch deutsche parteinahe Stiftungen, darunter die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie deutsche und internationale NGOs wie die Caritas. Jede dieser Gruppen arbeitet anschließend mit lokalen Partner-NGOs zusammen und verteilt Gelder an diese. Dies macht das System äußerst komplex, es mangelt an Transparenz und Rechenschaftspflicht.

DURCHFÜHRORGANISATIONEN

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)^{xxvi}

- Die GIZ ist ein „gemeinnütziges Bundesunternehmen“, das weltweit „internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und internationale Bildungsarbeit“ erbringt. Rechtlich ist die GIZ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und somit eine Nichtregierungsorganisation.^{xxvii}
- Das BMZ erklärt, dass es das Ziel der GIZ ist, „die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele“ zu unterstützen.^{xxviii}
- Das BMZ vergibt Aufträge an die GIZ. Da die GIZ jedoch eine GmbH ist, werden

- auch Projekte von der EU und anderen Akteuren übernommen.
- Die GIZ ist eine der weltweit größten Entwicklungsagenturen mit einem Nettovermögen von 2,6 Milliarden Euro für 2017 und 20.726 Mitarbeitern in 120 Ländern.^{xxix}
- 2019 wird die GIZ mit 1,9 Milliarden Euro aus Bundesmitteln gefördert.^{xxx}
- Die GIZ arbeitet direkt mit lokalen NGOs zusammen und ist auch Teil des ZFD-Konsortiums (siehe unten). Projekte können entweder von der GIZ an die ZFD oder auch umgekehrt vergeben werden.
- Die GIZ veröffentlicht auf ihrer Website detaillierte „Projektdateien“, lässt jedoch die Namen der lokalen NGO-Durchführungspartner aus.
- Im März 2018 verbreiteten einige GIZ-Mitarbeiter Antisemitismus und antiisraelische Propaganda in den sozialen Medien.^{xxxi} Zu ihren Aussagen gehörten Vergleiche zwischen Israel und den Nazis, die den Sturz der arabischen Führer auf einen "hebräischen Frühling" zurückführen und Israel als zweiköpfiges Monster darstellen. Infolgedessen führte die GIZ so genannte interne Untersuchungen durch, wobei eine Person entlassen wurde.

Laut dem BMZ sind „Kirchen... in der Lage, weltweit einen Teil der Zivilgesellschaft zu mobilisieren und können dadurch gezielt Einfluss auf die politische Bewusstseinsbildung nehmen“

Engagement Global^{xxxii} (EG)

- Engagement Global (EG) soll laut Website der Bundesregierung als Sammelstelle „aller vom BMZ geförderten Institutionen und Programme zur Förderung des bürgerlichen und kommunalen Engagements und der Entwicklungserziehung“⁵ dienen.
- EG bezeichnet sich selbst als "deutsche gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (gGmbH) mit dem Auftrag "das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu stärken".^{xxxiii}
- Sowohl die Bundesregierung als auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beauftragen Projekte von EG.
- Im Jahr 2019 wird EG eine staatliche Förderung in Höhe von 31,1 Millionen Euro erhalten.^{xxxiv}
- Derzeit listet EG auf ihrer Website 29 Mitgliedsorganisationen auf, darunter das ZFD (siehe unten).^{xxxv} Die deutschen Partnerorganisationen der EG wie das ZFD veröffentlichen wenige Projektangaben auf ihren Websites. Detaillierte Finanzierungsinformationen sind jedoch nicht enthalten.
- Die EG ist mit ihren 29 Mitgliedsorganisationen in wichtigen Rahmenwerken der

⁵ Übersetzung aus dem Englischen (NGO Monitor)

Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland vertreten. Diese Mitgliedsorganisationen sind Teil der kirchlichen Hilfsnetze VENRO und FriEnt (siehe unten).

Ziviler Friedensdienst (ZFD)^{xxxvi}

- ZFD ist ein Konsortium von neun deutschen NGOs, die in den Förderbereich des EG fallen.
- Das ZFD-Budget für 2019 beträgt 55 Millionen Euro.^{xxxvii}
- ZFD erklärt, dass es "Experten zu internationalen Partnerorganisationen entsendet, um den Ausbruch von Gewalt ohne militärische Maßnahmen zu verhindern und die Kraft der Zivilgesellschaft zu stärken".^{xxxviii} ⁶ Dies geschieht durch eine Reihe deutscher Mitglieds-NGOs sowie durch die GIZ, die in Partnerschaft mit „lokalen Partnerorganisationen“ ihrer Wahl an der Projektdurchführung arbeiten (siehe Grafik oben).⁷
- Das ZFD ist auch Teil verschiedener Kooperationsnetzwerke der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wie VENRO und FriEnt (siehe unten).
- Das ZFD realisiert Projekte im Auftrag des BMZ. Darüber hinaus beauftragt die GIZ, offizieller Durchführungspartner des BMZ, Projekte direkt beim ZFD.
- Das ZFD listet die Projektdetails auf seiner Website auf, erwähnt jedoch nicht die Förderbeträge.

KFW Entwicklungsbank^{xxxix}

- Die KFW ist in staatlicher Hand und war 2018 das drittgrößte Kreditinstitut in Deutschland.^{xi} Die KFW gilt rechtlich als Anstalt des öffentlichen Rechts und gehört, obwohl in staatlichem Besitz, zum privaten Sektor.⁸
- Die KFW sammelt Mittel am Kapitalmarkt und verteilt sie im Auftrag der Bundesregierung im Ausland.
- Die KFW erhält 2019 2,6 Milliarden Euro für ihre Rolle in der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit.^{xli}
- KFW arbeitet mit lokalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Ausland zusammen. Diese Informationen werden von den Empfänger-NGOs, jedoch nicht von der KFW, offengelegt.
- Die KFW ist transparenter als andere halbstaatliche Organisationen und liefert Informationen zu Projektiteln, Beschreibungen, Fördervolumen und teilweise auch zu Durchführungspartnern.
- Da es sich bei der KFW um eine private Einrichtung handelt, werden keine Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bereitgestellt.
- Die KFW veröffentlicht einige, aber nicht alle länderspezifischen Projektevaluierungen.^{xlii} Diese Berichte enthalten keine Informationen über die

⁶ Übersetzung aus dem Englischen von NGO Monitor

⁷ Mitgliedsorganisationen sind: Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., Brot für die Welt, EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst, Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD), Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Die KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V., peace brigades international (pbi), Der Weltfriedensdienst e.V.

⁸ Selbstauskunft der KFW laut einer Anfrage nach dem IFG, eingereicht durch NGO Monitor

- lokalen NGO-Implementierungspartner oder spezifische Projektdetails.
- Die KfW hat auch formelle Beschwerden von Gemeinden erhalten, in denen die deutsche Entwicklungsbank Geld investiert. Diese Beschwerden betrafen Landstreitigkeiten sowie Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen.^{xliii}

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)^{xliv}

- Das Ifa bezeichnet sich als „Deutschlands älteste Mittlerorganisation“, welche „sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen“^{xlv} engagiert und gilt rechtlich als eine Nichtregierungsorganisation (e.V.- eingetragener Verein).
- Das ifa-Budget für 2018 belief sich auf 26 Millionen EUR.^{xlvi}
- Das Ifa erhält 2019 projektunabhängig eine Förderung von 10.184 Euro aus dem Bundeshaushalt.^{xlvii}
- Das Ifa erhält ebenfalls staatliche Mittel von dem Auswärtigen Amt (Zivik^{xlviii}), dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart.^{xlix}
- Zivik, eines der Sub-Programme des Ifa, hat ein nahezu identisches Leitbild wie das ZFD-Programm von EG (siehe oben). Im Einzelnen will Zivik „möglichst konstruktiv und frühzeitig in Konflikte und in die Dynamik der Gewalt eingreifen, um eine Deeskalation der Konflikte, ein Ende der Gewalt und die Schaffung von Potenzialen für die Friedensarbeit zu erreichen“; ZFD „unterstützt Projekte zur gewaltfreien Konfliktlösung in verschiedenen Ländern weltweit [und] entsendet Experten zur Unterstützung lokaler Partnerorganisationen. Ihre Ziele sind die Prävention gewaltsamer Konflikte, die Reduzierung von Gewalt und die langfristige Sicherung des Friedens“.¹ Es ist unklar, ob diese Programme koordiniert oder ob Überschneidungen von der Regierung anerkannt und angegangen werden.
- Dem Ifa mangelt es an Transparenz; auf seiner Website werden keine Angaben zu durchgeführten Projekten, Förderbeträgen oder Durchführungspartnern gemacht. Darüber hinaus werden auf der Website des ifa keine genauen Informationen zur eigenen Finanzierung aufgeführt.
- Ifas Zivik veröffentlicht nur einige wenige Evaluierungsberichte, die alle noch vor dem Jahr 2009 veröffentlicht wurden.^{li}

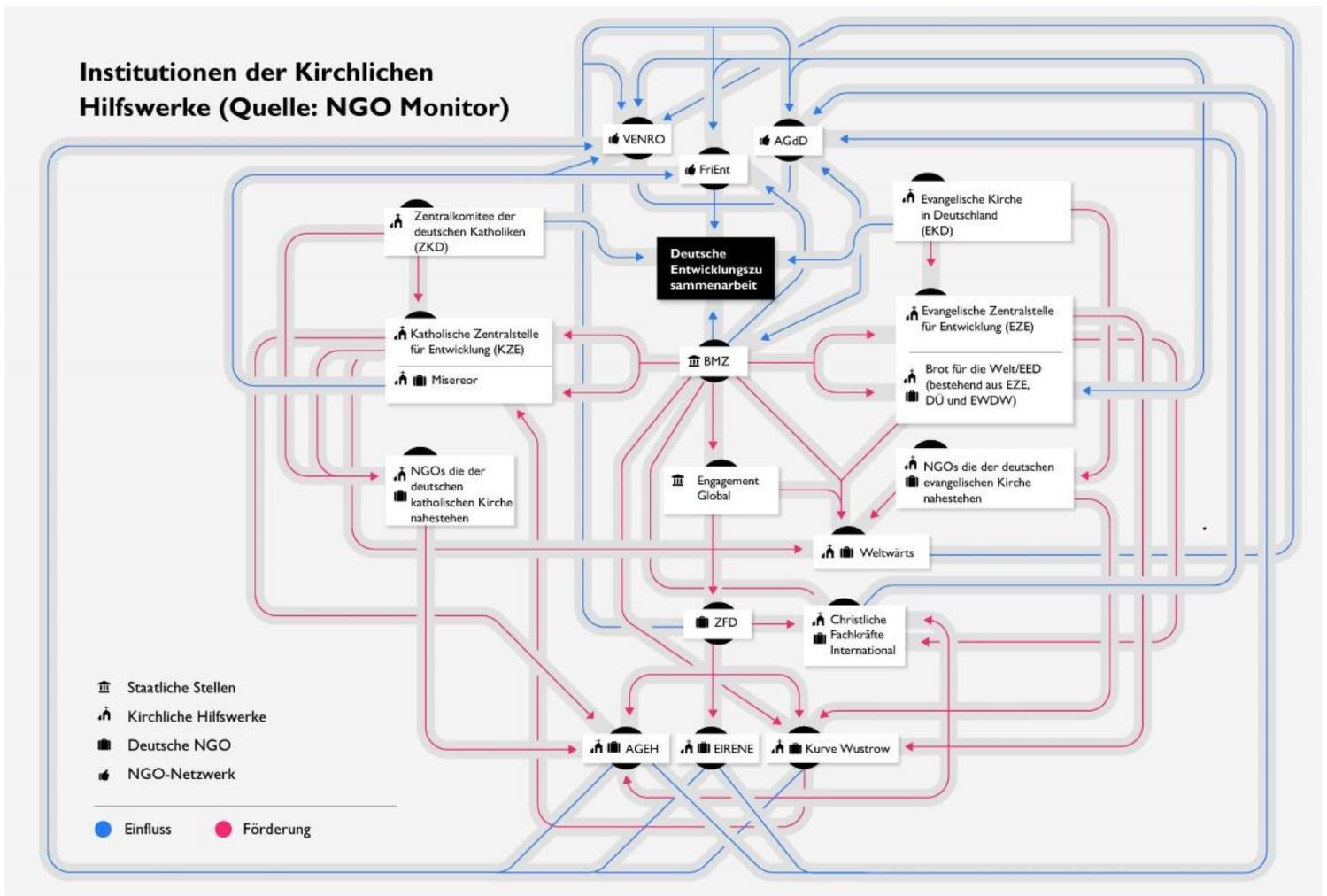
KIRCHLICHE HILFSWERKE

- Laut dem BMZ sind „Kirchen... in der Lage, weltweit einen Teil der Zivilgesellschaft zu mobilisieren und können dadurch gezielt Einfluss auf die politische Bewusstseinsbildung nehmen.“^{lii}
- Das BMZ ist seit 1962 nach deutschem Recht verpflichtet, die Entwicklungsarbeit von kirchlichen Hilfsorganisationen finanziell zu unterstützen. Das BMZ vergibt die Förderung an die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE) und die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE).⁹ Diese Organisationen sind

⁹ Obwohl KZE und EZE offiziell für die durch kirchliche Hilfswerke umgesetzte deutsche Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich sind, haben beide Organisationen den rechtlichen Status von NGOs (e.V.)

auch Empfänger der deutschen „Kirchensteuer“. Beide, KZE und EZE, verteilen dann innerhalb des kirchlichen Hilfsnetzwerks diese staatlichen Mittel an Partner-NGOs, die wiederum Projekte durchführen.

- Die Kirchen erhalten 2019 eine staatliche Förderung^{liii} in Höhe von 301 Millionen EUR durch BMZ, EZE und KZE.^{liv}
- Die beiden großen deutschen kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und MISEREOR leiten Gelder an Partnerorganisationen im Ausland weiter und setzen Projekte auch eigenständig um.
- Kirchliche Hilfswerke sind Teil deutscher NGO-Netzwerke, darunter VENRO und FriEnt (siehe unten). Brot für die Welt ist zusammen mit drei anderen kirchlichen Hilfsorganisationen Mitglied des Zivilen Friedensdienstes (ZFD).^{lv} MISEREOR, Brot für die Welt und ZFD sind zusätzlich Teil von FriEnt.
- Deutsche kirchliche Hilfsorganisationen veröffentlichen ihre Projektinformationen freiwillig und sind daher nicht rechenschaftspflichtig.



Darstellung der Kirchlichen Hilfswerke (Quelle: NGO Monitor)

PARTEINAHE STIFTUNGEN

- Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurden parteinahe Stiftungen als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik nach dem Krieg gegründet, in der Hoffnung, dass sie die demokratischen Werte in der deutschen Gesellschaft verankern würden.^{lvi} Dann, „Anfang der 1960er Jahre wurde der Wert der Stiftungen als außenpolitische Instrumente von dem AA anerkannt, doch erst in den letzten Jahren gewinnt die internationale Arbeit der Stiftungen an Bedeutung“.
- In Deutschland gibt es sechs parteinahe Stiftungen, die jeweils einer politischen Partei angeschlossen sind: die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), die Hans-Seidel-Stiftung (CSU), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke). Parteinahe Stiftungen haben Auslandsvertretungen, in denen sie in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen Projekte durchführen.^{lvii}
- Die deutschen parteinahen Stiftungen gelten rechtlich als Nichtregierungsorganisationen (e. V.), werden jedoch fast ausschließlich aus Steuergeldern finanziert und haben klare politische Ziele.
- Die parteinahen Stiftungen erhalten 2019 staatliche Mittel in Höhe von 319 Millionen EUR.^{lviii}
- Parteinahe Stiftungen werden, unter anderem, vom Bundesministerium des Inneren, dem AA und dem BMZ gefördert. Die Höhe der erhaltenen Mittel hängt von der Anzahl der Sitze der Partei im Parlament ab (d. h. je mehr Sitze eine bestimmte Partei hat, desto mehr staatliche Mittel erhält die politische Stiftung der Partei).^{lix}
- Bei parteinahen Stiftungen mangelt es an Transparenz und wie bei den meisten Institutionen gefördert durch Bundesmittel, werden genaue Beträge und häufig die Namen der Zuwendungsempfänger nicht öffentlich gemacht.

UNABHÄNGIGE STIFTUNGEN UND ANDERE NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Deutschland hat eine lange Tradition in der Gewährung öffentlicher Fördergelder an unabhängige Organisationen sowie an mehrere regierungsnahen Organisationen, die staatliche Maßnahmen umsetzen, aber unabhängig voneinander verwaltet werden. Diese Praktiken verwischen die Grenze zwischen direkter und indirekter staatlicher Finanzierung in Deutschland weiter. Mehrere Zuwendungsempfänger sind etablierte, unabhängige NGOs, die an Regierungsprogrammen und -initiativen teilnehmen und öffentliche Zuschüsse für ihre eigenen Aktivitäten erhalten. Diese Organisationen pflegen nicht nur Partnerschaften mit hoch politisierten lokalen NGOs, sondern engagieren sich auch politisch im In- und Ausland. Deutsche und internationale NGOs veröffentlichen ihre Projektinformationen freiwillig und sind daher nicht transparent und rechenschaftspflichtig.

NGO NETZWERKE

FriEnt^{ix}

- Die „Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von acht Regierungsorganisationen, kirchlichen Entwicklungsagenturen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen“.^{lxi} Die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Rahmenwerke des BMZ bieten Kommunikationskanäle für NGOs, über die sie ihre Aktivitäten bewerben und Haushaltsentscheidungen beeinflussen können.^{lxii}
- Laut seiner Website ist FriEnts Ziel „Informationen bündeln“, „Vernetzung und Kooperation zu fördern“ und „Kapazitäten aufbauen“.
- Zu den neun Mitgliedern von FriEnt gehören BMZ, ZFD, GIZ, BfW/EED, Misereor, die Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung (PPCM)^{lxiii}, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung.¹⁰
- PPCM ist selbst ein Dachverband, dem BfW, KURVE Wustrow, Weltfriedensdienst (WFD) und AGEH angehören. Alle diese Gruppen sind auch Mitglieder von ZFD und VENRO (siehe unten), was die zahlreichen Fälle von Doppel- und Dreifachrepräsentation in FriEnt demonstriert.

VENRO^{lxiv}

- Der Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland (VENRO) ist ein Dachverband von NGOs für Entwicklungshilfe.
- VENROs Ziel ist es " die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik", sowie " Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen" zu vertreten, des Weiteren " die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik" zu stärken und "das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen" zu schärfen.^{lxv}
- Laut deren Website besteht VENRO zu diesem Zeitpunkt aus 137 Mitgliedsorganisationen.^{lxvi}
- VENRO konzentriert sich auf private und kirchliche Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe sowie Entwicklungserziehung, Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung.
- Wie auf seiner Website erörtert wird, wollten VENRO-Mitglieder zum Zeitpunkt der Gründung, dass " Nichtregierungsorganisationen ... nicht mehr nur Helfer im Süden sind, sondern sich auch kritisch in die Nord-Süd-Politik einbringen und Einfluss auf die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ausüben".^{lxvii}
- Die VENRO-Arbeitsgruppe *Kofinanzierung*^{lxviii} für den „intensiven politischen Dialog“ mit dem BMZ berät das BMZ zu Förderrichtlinien und zur Auswahl der

¹⁰ Die Heinrich-Böll-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung sind deutsche parteinahe Stiftungen. Ihre Struktur und Finanzierung sind oben erläutert.

Begünstigten.

-
- ⁱ Development Initiatives, “Global Humanitarian Assistance Report 2018”, <http://devinit.org/post/global-humanitarian-assistance-report-2018/>
- ⁱⁱ Europäischer Rechnungshof, “Special Report: Transparency of EU funds implemented by NGOs: more effort needed”, https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR18_35/SR_NGO_FUNDING_EN.pdf
- ⁱⁱⁱ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), “Complete data Tables for 2017 ODA”, <http://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/development-finance-data/ODA-2017-complete-data-tables.pdf>
- ^{iv} Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 – Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung“, https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/Einstellungen_EZ_web_links.pdf
- ^v Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), “Complete data Tables for 2017 ODA”, <https://www.oecd.org/development/development-aid-stable-in-2017-with-more-sent-to-poorest-countries.htm>
- ^{vi} NGO Monitor, “German Government's Aid Workers Spread Antisemitism and Anti-Israel Propaganda on Facebook”, <https://www.ngo-monitor.org/reports/german-government-aid-workers-spread-antisemitism-and-anti-israel-propaganda/>, 27 März 2018
- ^{vii} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), “Bilaterale Zusammenarbeit. Im Detail: die einzelnen Akteure”, http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/einzelakteure/index.html
- ^{viii} Ziviler Friedensdienst (ZFD), „Projekte. Für die Gemeinschaft: Zivilgesellschaft stärken, Verbrechen aufarbeiten, Konflikte entschärfen“, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/fur-die-gemeinschaft-zivilgesellschaft-starken-verbrechen-aufarbeiten-konflikte-entscharfen>
- ^{ix} Auswärtiges Amt, “Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland”, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/zivilgesellschaft-projekte-oestliche-partnerschaft/301008>
- ^x Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushalt, Jahresvergleich 2012-2019, <https://www.bundshaushalt.de/#/2018/soll/einnahmen/einzelplan/23.html>
- ^{xi} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Facts and Figures. BMZ budget 2019“, http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/haushalt/index.html
- ^{xii} Vereinsrecht.de- Das Recht der Non-Profit-Organisationen, <https://www.vereinsrecht.de/>
- ^{xiii} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Akteure der bilateralen Zusammenarbeit. Nichtregierungsorganisationen (Private Träger und Sozialstrukturträger)“, http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/nros/index.html
- ^{xiv} Ebd.
- ^{xv} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), “Der Weg der Weltgemeinschaft”, http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/multilaterale_ez/akteure/index.html, Insbesondere: UN (Genf und New York), EU (Brüssel), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; Paris), Welternährungsorganisation der UN (FAO; Rom), Welternährungsprogramm (WFP; Rom) und der Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD; Rom)
- ^{xvi} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Publikationen. Evaluierungen“, <http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/evaluierungen/index.html>
- ^{xvii} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Transparent Aid. BMZ expands its IATI reporting“, http://www.bmz.de/en/press/aktuelleMeldungen/2014/maerz/140331_Transparent-aid-BMZ-expands-its-IATI-reporting/index.html
- ^{xviii} International Aid Transparency Initiative, “Publishers: Germany – Ministry for Economic Cooperation and Development. About”, <https://www.iatiregistry.org/publisher/about/bmz>

- ^{xix} Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (d.i.e), „Die Struktur der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Hintergründe, Trends und Implikationen für das BMZ und andre Bundesressorts“, https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_15.2018.pdf (P. 4f)
- ^{xx} Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), <https://www.deval.org/de/startseite.html>
- ^{xxi} Ebd.
- ^{xxii} Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), „Berichte“, <https://www.deval.org/de/evaluierungsberichte.html>
- ^{xxiii} Bengo- Engagement Global, „Vor dem Antrag. Förderungsvoraussetzungen. Zu den Förderrichtlinien im Download-Bereich“, <https://bengo.engagement-global.de/vor-dem-antrag.html>
- ^{xxiv} Bundesministerium der Finanzen, „Bundshaushalt 2019. Auswärtiges Amt“, <https://www.bundshaushalt.de/#/2019/soll/ausgaben/einzelplan/05.html>
- ^{xxv} Auswärtiges Amt, „Projektförderung des Auswärtigen Amtes im Bereich Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge“, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/krisenpraevention/5-projektmanagement>
- ^{xxvi} Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), <https://www.giz.de/de/html/index.html>
- ^{xxvii} Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), „Impressum“, <https://www.giz.de/de/html/impressum.html>
- ^{xxviii} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „GIZ /Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“, http://www.bmz.de/de/service/glossar/D/d_giz.html
- ^{xxix} Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), „Über die GIZ. Profil“, https://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html
- ^{xxx} Bundesministerium der Finanzen, „Bundshaushalt 2019“, https://www.bundshaushalt.de/fileadmin/de.bundshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundshaushaltsplan_Gesamt.pdf (S.6)
- ^{xxxi} NGO Monitor, „German Government's Aid Workers Spread Antisemitism and Anti-Israel Propaganda on Facebook“, <https://www.ngo-monitor.org/reports/german-government-aid-workers-spread-antisemitism-and-anti-israel-propaganda/>, 27 März 2018
- ^{xxxii} Engagement Global (EG), <https://www.engagement-global.de/homepage.html>
- ^{xxxiii} Ebd.
- ^{xxxiv} Bundesministerium der Finanzen, „Bundshaushalt 2019“, https://www.bundshaushalt.de/fileadmin/de.bundshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundshaushaltsplan_Gesamt.pdf (p. 18)
- ^{xxxv} Engagement Global (EG), „Our programmes from A-Z“, <https://www.engagement-global.de/overview-of-programmes.html>
- ^{xxxvi} Ziviler Friedensdienst (ZFD), „CPS. A civil way forward“, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/en>
- ^{xxxvii} Ziviler Friedensdienst (ZFD), „Zahlen & Fakten“, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/zahlen-fakten>
- ^{xxxviii} Ziviler Friedensdienst (ZFD), „CPS. A civil way forward“, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/en>
- ^{xxxix} Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW Bankengruppe, <https://www.kfw.de/kfw.de-2.html>
- ^{xl} Bankenverband, „Zahlen, Daten, Fakten der Kreditwirtschaft“, <https://bankenverband.de/publikationen/broschueren/zahlen-daten-fakten/>, 16 November 2017
- ^{xli} Bundesministerium der Finanzen, „Bundshaushalt 2019“, https://www.bundshaushalt.de/fileadmin/de.bundshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundshaushaltsplan_Gesamt.pdf (p. 6)
- ^{xlii} Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW Bankengruppe, „Palästinensische Gebiete“, <https://www.kfw.de/microsites/Microsite/transparenz.kfw.de/#/country/PSE>
- ^{xliii} Urgewalt – Anwalt für Umwelt & Menschenrechte, Pressrelease „KfW-Tochter DEG: Beschwerde wegen Landkonflikten im Kongo offiziell angenommen“, <https://urgewalt.org/medien/kfw-tochter-deg-beschwerde-wegen-landkonflikten-kongo-offiziell-angenommen>, 15 Januar 2019
- ^{xliv} Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), <https://www.ifa.de>
- ^{xlvi} Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), „Über Uns“, <https://www.ifa.de/ueber-uns/>

- ^{xlvi} Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), „Jahresbericht 2018“, https://www.ifa.de/wp-content/uploads/2019/05/ifa_Jahresbericht_2018.pdf
- ^{xlvii} Bundesministerium der Finanzen, „Bundeshaushalt 2019“, https://www.bundeshaushalt.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundeshaushaltsplan_Gesamt.pdf (p. 57)
- ^{xlviii} Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), „Jahresbericht 2018“, https://www.ifa.de/wp-content/uploads/2019/05/ifa_Jahresbericht_2018.pdf, (p.20)
- ^{xliv} Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), „Über uns“, <https://www.ifa.de/ueber-uns/>
- ^l Ziviler Friedensdienst (ZFD), „CPS. A civil way forward“, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/en>
- ^{li} Philips Universität Marburg, Zentrum für Konfliktforschung, „Drittmittelprojekte“, <https://www.uni-marburg.de/de/konfliktforschung/forschung/projekte>
- ^{lii} Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), „Akteure. Kirchen“, http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/kirchen/index.html
- ^{liii} Bundesministerium der Finanzen, „Bundeshaushalt 2019“, https://www.bundeshaushalt.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundeshaushaltsplan_Gesamt.pdf (p. 18)
- ^{liv} Kirchen – Entwicklungszusammenarbeit, „Entwicklungszusammenarbeit – gemeinsam gegen Armut und Not“, <http://www.kirchen-ez.de/2.0.html>
- ^{lv} Brot für die Welt, „ZFD Netzwerk engagiert sich für Frieden in Nordkamerun“, <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/zfd-netzwerk-engagiert-sich-fuer-frieden>, 31 Juni 2015
- ^{lvi} Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), „Politische Stiftungen“, <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all>
- ^{lvii} Ebd.
- ^{lviii} Bundesministerium der Finanzen, „Bundeshaushalt 2019“, https://www.bundeshaushalt.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2019/soll/Haushaltsgesetz_2019_Bundeshaushaltsplan_Gesamt.pdf (p. 18)
- ^{lix} Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), „Politische Stiftungen“, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202095/politische-stiftungen?p=all>
- ^{lx} Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), <https://www.frient.de>
- ^{lxi} Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), „Wer wir sind“, <https://www.frient.de/frient/ueber-uns>
- ^{lxii} Ebd.
- ^{lxiii} Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, <http://www.konfliktbearbeitung.net/>
- ^{lxiv} Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), <https://venro.org/start/>
- ^{lxv} Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), „Wer wir sind“, <https://venro.org/ueber-venro/wer-wir-sind/>
- ^{lxvi} Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), „Unsere Mitglieder“, <https://venro.org/mitglieder/unsere-mitglieder/>
- ^{lxvii} Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), „Jahresbericht 2014“, https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Jahresberichte/VENRO-Jahresbericht2014_DIGITAL.pdf (p. 3)
- ^{lxviii} Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), „Kofinanzierung“, <https://venro.org/themen/kofinanzierung/>